



SPD
SOZIALDEMOKRATEN

Creichelmer G'werzinsel

Jahrgang 12

Nummer 2

März 1992

Wasserschutzgebiet in Creglingen, Teil II - Lernen wir aus den Fehlern der Vergangen- heit??

Das waren noch Zeiten: Da gab es für Kläranlagenbau noch Zuschüsse bis zu 85 %; - und für Abwassersammelleitungen auch noch stolze 60 %!!

Dazu Konjunkturprogramme des Bundes - daraus wurde damals allein für die Kläranlage von Vorbachzimmern eine stolze Million als zusätzlicher Zuschuß bezahlt! Begründung: Finanzschwache Gemeinde im dünnbesiedelten Raum.

Voraussetzung allein: Vorausschauende Verantwortliche in Stadtverwaltung und Gemeinderat, die das Thema Abwasserbeseitigung

Global

Kochen & Essen

P Parkplatz direkt am Haus

Möbel zum Mitnehmen

Global

GUTES WOHNIEN
Garantieauftrag für Qualität und Service

**Unser perfekten Service-Leistungen
beinhalteten Lieferung frei Haus
und fachgerechte Montage
durch gelernte Möbelschreiner**

Global

möbelhalle

IGERSHEIM

Teil. (07931) 2447

Die Möbelstraße für jedermann
mit dem bekannten Küchenshop

Gut geplant - perfekt montiert - so macht Möbelkaufen Spaß!

nicht auf die lange Bank schoben und die Planungen vorbereitet hatten, als der Geldregen aus Bonn auf die Kommunen niederging.

In Creglingen baute man derzeit Dorfgemeinschaftshäuser. Die wurden zwar nicht sonderlich bezuschußt, versprachen aber Renommee bei den Bürgern. Denn schließlich war da was zum Vorzeigen, - und Beiträge wurden dafür - wenigstens direkt - auch nicht fällig.

Diejenigen, die damals schon auf die drohende Gefahr der Trinkwassergefährdung und den daraus resultierenden Zwang zur Sanierung hinwiesen, wurden als Prediger der Apokalypse verspottet. Die Creglinger Honoratioren beteten fromm die Sprüche der Chemie-Lobby herunter, wonach sich all die Insektizide, Fungizide, Herbizide und all der Dünger in Nichts auflösen würden. "Bauen sich vollständig ab", hieß damals der Slogan, "dadurch, daß sie im menschlichen Körper als Endverbraucher und Endglied der Nahrungskette angereichert werden" hat man wohl vergessen hinzuzufügen.

Wie dem auch sei, die Chance, rechtzeitig vorzusorgen, wurde nicht genutzt. Und auch vor zwei Jahren noch, als das Wasserschutzgebiet für jeden klar denkenden Menschen schon längst als unausweichlich vor der Tür stand, hat eine Mehrheit der um das Wohl ihrer Mitbürger besorgten Stadträte um ihren Wortführer Willi Müller den Creglingern in einem sinnlosen Kraftakt den Weg zu höheren Zuschüssen verbaut. Mit dem mehrheitlichen Nein zum Wasserschutzgebiet hat der Creglinger Schultes jetzt natürlich schlechte Karten, wenn er um mehr Zuschüsse betteln muß. "Soweit hättet Ihr vor zwei Jahren auch schon denken können", heißt es - und wohl mit Recht. In Niederstetten hatte man - zum wievielten Mal eigentlich - die Sachlage rechtzeitig richtig eingeschätzt. Mit einem entsprechenden Gemeinde-ratsbeschuß im Rücken hat es der Nieder-

stettener Bürgermeister jetzt leicht, die Zuschußzusagen der Regierung einzufordern.

Soweit, so schlecht! Was können wir tun? Sollen wir Creglinger klaglos in den sauren Apfel beißen und als flächengrößte unter den 30 finanzschwächsten Gemeinden in Baden-Württemberg auch noch die fast unzumutbare Last, die der von uns zu erbringende Eigenanteil an den Schutzmaßnahmen ausmacht, tragen?

Nun, in einigen Tagen ist Landtagswahl. Und wie vor Wahlen üblich, geben sich auch im Creglinger Rathaus Politiker aller Couleur die Klinke in die Hand und versprechen, sich für unsere Belange einzusetzen. Nach der Wahl haben sie dann schnell irgendwelche sogenannte "Sachzwänge" zur Hand, die sie daran hindern, "trotz allem Bemühen" natürlich, die vor der Wahl gemachten Zusagen zu realisieren. Und sie bitten um unser Verständnis, - und wir dürfen bezahlen.

Was können wir überhaupt erwarten. Wir können erwarten, daß das Land Baden-Württemberg in Anbetracht der mit "miserabel" noch vornehm beschriebenen Finanzlage der Stadt Creglingen zunächst alle Aufwendungen zu 100 % zinslos vorfinanziert - und daß die Creglinger dann, sollte es ihnen einmal besser gehen, ihre Schulden beim Land abbezahlen. Da das Landratsamt sowieso mit Argusaugen über den Creglinger Haushalt wacht, wird man höheren Orts eine Besserung kaum übersehen. Somit würden die Zahlungen erheblich gestreckt und die Belastungen erträglich.

Doch wie kommen wir einer solchen Lösung näher? "Wer viele Eisen im Feuer hat, ist fein raus", dieses alte Sprichwort hat noch heute seinen Sinn. Der Main-Tauber-Kreis hat seit langen Jahren nur ein Eisen im Feuer des Stuttgarter Landtages: Albert Reuter. Er ist damit nicht schlecht gefahren. Der Landkreis Schwäbisch Hall hatte

und hat seit langem drei Eisen im Feuer: Keitel, CDU; Lang, SPD; Döring, FDP. Und er ist damit um vieles besser gefahren! Warum nutzen wir unsere Chancen nicht? Was würde passieren, wenn die CDU auf Kreisebene nur 52 %, die SPD dafür aber 32 % bekäme? Nun, die CDU hätte weiter ihr Direktmandat und der Landkreis vielleicht einen zweiten Abgeordneten von der SPD, ein zweites Eisen im Feuer! Einen zweiten "Lobbyisten", der unsere Interessen vertritt. Wäre das so schlecht?

Sicher können 500 Creglinger, wenn sie diesmal statt bei der CDU bei der SPD ihr Kreuzchen machen, nicht allein eine solche neue Konstellation bewirken. Aber auch andere Kommunen im Main-Tauber-Kreis haben ihre Sorgen. Und auch die Bürger dieser Gemeinden denken nach. Für Creglinger gilt: Wer in Bedrängnis ist, sollte jede Chance nutzen! Versuchen wir es einmal - auch ein deutliches Zeichen des Unmutes kann eine Regierungspartei dazu bewegen, etwas mehr zu tun, als ursprünglich vorgesehen war.

Alles unter einem Dach!

Besuchen Sie eines der größten Fachgeschäfte für Bodenbeläge und Heimtextilien.

- Teppichböden - PVC-Beläge - Korkplatten
 - Teppiche - Läufer - Brücken - Bettumrandungen
 - Farben - Tapeten - Malerzubehör
 - Gardinen - Stoffe - Vorhangschienen
 - Bettwäsche - Kissen - Bade- und Handtücher
 - Korbmöbel - Glas und Porzellan - Geschenkartikel
- ... und mit dem starken Service:

Beraten, anmessen, liefern und verlegen.

Kettelexpress

Aus Resten
fertigen wir
Teppiche und
Läufer
sofort zum
Mitnehmen!!!

M Michelberger

Teppichgroßlager
6992 WEIKERSHEIM
Telefon (07934) 601

Geschäftszeiten:

Montag bis Freitag, 9.00-12.30 und 14.00 bis 18.00
Uhr; Samstag 9.00 bis 13.00 Uhr
Kein langer Samstag

Bericht aus dem Stadtrat.

Ausschüsse: Nun sind sie also "installiert", die Ausschüsse des Creglinger Gemeinderates: Technischer Ausschuß und Verwaltungsausschuß. Schluß ist es mit der Geheimniskrämerei der Creglinger Stadträte, die hinter verschlossenen Türen - sprich: nichtöffentlich - gar manch unergründliches Süppchen zu kochen schienen.

Die ersten beiden Ausschußsitzungen fanden statt - positiv zu werten ist gewiß, daß die TA-Sitzung recht zahlreich von Zuhörern besucht war - negativ dagegen, daß nun jede Bausache aus allen Wohnplätzen der Gemeinde Creglingen im technischen Ausschuß zu behandeln ist, was - siehe letzte TA-Sitzung - doch recht öde zu werden verspricht.

Nichts Neues übrigens mit nichtöffentlichen Dingen; sie sind weiterhin sehr schnell in der Öffentlichkeit (Namensgebung der Realschule Creglingen sei nur ein Stichwort).

Bautätigkeiten: In Creglingen geht es wieder (weiter) bergauf! Der aufmerksame Leser des Mitteilungsblattes Nr. 9 vom 29.2.92 erfuhr, daß der Bauplan "Hotel" an der Rothenburger Straße soweit fortgeschritten ist, daß er zur Genehmigung eingereicht werden konnte.

Auch die Seniorenwohnanlage dürfte im 1. Halbjahr 1992 noch begonnen werden, da die Zuschüsse zeitlich befristet sind.

Lustig war der Baubeginn des Creglinger Gewerbehofes, dessen offizieller Baubeginn am Montag, 24.2.92, war.

Ein beeindruckendes Foto in der Zeitung zeigte hochkarätige Persönlichkeiten der Gemeindeverwaltung, des Bauträgers und der Baufirma (mit Schutzhelmen), dazu gigan-

tische Baumaschinen im Hintergrund.
Bis heute allerdings wurde lediglich das
Schnurgerüst "eingeschnitten".

Aber auch hier wird sich alles (!) zum
Wohle der Gemeinde entwickeln, dessen sind
wir uns sicher.

Wohin sich die Baumaschinen schamhaft
zurückgezogen haben, ist nicht bekannt.

Aufregung: Für große Verwirrung und Aufre-
gung sorgte die "Satzung über die Entsor-
gung von Kleinkläranlagen und geschlossenen
Gruben der Stadt Creglingen".

Diese Satzung mußte erlassen werden, damit
zukünftig ein Bauen in den Teilorten noch
erlaubt wird.

Die Gebühren für die Abwässer allerdings
ließen die Gemüter überkochen.

Eine einheitliche Gebührenerhebung für
Schlamm aus Kleinkläranlagen und für Abwas-
ser aus geschlossenen Gruben sowie normales
Abwasser war nicht möglich, da der unter-
schiedliche Verschmutzungsgrad eine Gleich-
behandlung verbietet.

Die Abfuhr soll deshalb so teuer werden
(man errechnete zunächst 60,40 DM für jeden
cbm Schlamm aus Kleinkläranlagen bzw. 38,10
DM für jeden cbm Entleerungsgut aus ge-
schlossenen Gruben), weil die Gemeinde ver-
pflichtet ist, die ihr überlassenen Abwäs-
ser vom Grundstück abzufahren.

Da dieser Preis jedoch absolut unzumutbar
ist, versucht die Gemeindeverwaltung nun
unter Einsatz des Maschinenringes diesen
deutlich nach unten korrigieren zu können.

Ergebnis: Die Satzung selbst ist beschlos-
sen - die Abfuhrkosten müssen neu überdacht
und überarbeitet werden.

Die SPD? Na, klar.

Zum Entsehen dieser
haben beigetragen:

G'werzinsel

- | | |
|-------------------|--------------------|
| - Petra Pfandt | - Fritz Kellermann |
| - Johanna Rehfeld | - Jochen Kühne |
| - Willi Hain | - Alfons Zink |
| - Klaus Hambrecht | |

2. Creglinger Fahrrad- und Kinderfahrzeuge- bazar

Am Samstag, den 25.4.1992, führt der SPD-
Ortsverein Creglingen von 8.00 Uhr - 12.00
Uhr auf dem Taubertorplatz in Creglingen
wieder einen Fahrrad- und Kinderfahrzeuge-
bazar durch.

Dieser Bazar soll Besitzern von Fahrrädern
oder Kinderfahrzeugen ermöglichen, ihre
nicht mehr benötigten oder im Wege stehen-
den Fahrzeuge an den Mann/die Frau zu
bringen und interessierten Käufern den
Erwerb von gebrauchten Fahrrädern und
Kinderfahrzeugen zu ermöglichen. Angenommen
werden dieses Jahr auch Kinderautositze.

Wer am Verkauf solcher Fahrzeuge interes-
siert ist, sollte diese ab 8.00 Uhr am Tau-
bertorplatz abgeben. Bitte sich schon vor-
her Gedanken um den Verkaufspreis machen!
Die Fahrzeuge werden dann für Sie verkauft.

Für Organisation und Unkosten werden 10 %
der Verkaufssumme vom Veranstalter einbe-
halten. Nicht verkaufte Fahrzeuge bzw. der
Verkaufserlös können ab 11.30 Uhr wieder am
Taubertorplatz abgeholt werden. Für nicht
verkaufte Fahrzeuge werden selbstverständ-
lich auch keine Vermittlungsgebühren be-
rechnet. Die Fahrzeuge sollten sich in
brauchbarem Zustand befinden.

Der SPD-Ortsverein bittet um rege Teilnahme an diesem zweiten Fahrrad- und Kinderfahrzeugebazar. Vielleicht finden auch Sie das Fahrrad für Ihren Maiausflug?

Bistro am Turm

Creglingen

Der Treffpunkt netter Leute!

Öffnungszeiten:
Di - Sa 11⁰⁰ - 24⁰⁰
So 10⁰⁰ - 24⁰⁰



Gabi + Peter

Auflösung des letzten Stadtteil-Quiz.

Die richtige Lösung zum Quiz aus der letzten G'werzinsel lautet:

Bild 1: Niedersteinach

Bild 2: Creglingen (Kindergarten)

Bild 3: Schmerbach.

Aus den vielen richtigen Einsendungen wurden die folgenden Gewinner gezogen:

1. Preis: Esther Vorherr, Freudenbach 18,

2. Preis: Hans und Lore Beck, Niedersteinach 17,

3. Preis: Christian Bruder, Torstraße 20.

Herzlichen Glückwunsch!

Erlös aus dem Glühweinverkaufsstand beim Creglinger Pferdemarkt an Kindergarten Oberrimbach übergeben.

Infolge eines ungünstigen Standplatzes und der sehr milden Temperaturen hielt sich der Glühweinkonsum an unserem Glühweinstand dieses Jahr in Grenzen. Der Erlös ist dieses Jahr deshalb etwas geringer als sonst und beträgt 296,-- DM.

Dieser Tage konnte der Erlös nun an die Kindergartenleiterin Erna Klenk übergeben werden, die sich über diese Sondereinnahme sehr freute.

Im Bild Willi Hain (1. Vorsitzender) bei der Übergabe an die Kindergartenleiterin Erna Klenk.



Landtagswahlen am 5. April SPD-Spitzenkandidat Dieter Spöri: Der Wechsel ist fällig

Ein klares Wahlziel hat Dieter Spöri, Spitzenkandidat für das Ministerpräsidentenamt: „Wir wollen den Wechsel in Baden-Württemberg und müssen dazu die verbrauchte CDU im Land überholen.“ Mit seiner eindrucksvollen Rede auf dem SPD Parteitag setzte Spöri das Startsignal des Landtagswahlkampfes.



Foto: Grafing

Die SPD tritt mit einem erfahrenen und glaubwürdigen Team zur Landtagswahl an. Der Spitzenkandidat Dieter Spöri steht für wirtschaftliche Kompetenz und politische Glaubwürdigkeit. Er will die verkrusteten Strukturen, die in langen Jahren der Einparteiwirtschaft in Baden-Württemberg gewachsen sind aufbrechen. Die unübersehbaren Verschleißerscheinungen der Regierung dürfen Baden-Württemberg nicht länger belasten. Spöri bietet mit seinem Team neuen Schwung und frischen Wind für unser Land.

Lesen Sie die Meinung der Sozialdemokraten zu den Themen: Wohnungsnot, Asylrecht, Standortaufgabe, Bildungspolitik und Landwirtschaftspolitik.

Impressum

Verantw. i. S. d. Presserechtes

Herausgeber

Druck

Auflage

Anzeigenpreis

Bei Anzeigenorder für mehrere Ausgaben Sonderpreise!

Willi Hain, Niederrimbach

Die Creglinger SPD
6993 Creglingen
SPD-Unterbezirk
7184 Kirchberg/Jagst
1700

1 Seite 90.-- DM,
1/2 Seite 45.-- DM,
1/4 Seite 25.-- DM.

SPD - Kandidat für den Main-Tauber-Kreis: Siegfried Neumann



Siegfried Neumann (rechts) ist gelernter Großhandelskaufmann und inzwischen als Diplom-Handelslehrer an den Kaufmännischen Schulen in Tauberbischofsheim tätig. Er ist als Stadtrat und Kreisrat ein erfahrener Kommunalpolitiker.

Siegfried Neumann ist 43 Jahre alt, verheiratet und hat 3 Kinder.

Folker Wiesemann (links) ist Berufssoldat in Kilsheim, er hat als Stadtrat und Kreisrat in der Kommunalpolitik viel Erfahrung. Er ist 50 Jahre alt.

Siegfried Neumann und Folker Wiesemann stehen für:

- * die Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze, um vor allem die Folgen des Abbaues der Bundeswehr auszugleichen;
- * die Gewährleistung der inneren Sicherheit durch eine verbesserte Personalausstattung und eine Leistungsgerechte Besoldung der Polizei;
- * die Sanierung der eigenen Trinkwasservorkommen;
- * den langfristigen Ausstieg aus der Fernwasserversorgung, wenn die Gemeinden dies wünschen;
- * eine ausreichende Versorgung mit Kindergartenplätzen und Ganztageskindergärten;
- * die Sicherheit im Alter durch den Bau betreuter Seniorenwohnanlagen und die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Altenpflegeeinrichtungen und Kurzzeitpflegeplätzen;
- * die Sicherung und die weitere Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV);
- * eine bessere Vertretung der Interessen unseres Kreises im Landtag.

Der Main-Tauber-Kreis braucht dringend einen zweiten Abgeordneten, denn nur so können wir unseren Problemen in Stuttgart Gehör verschaffen. Geben Sie deshalb am 5. April Siegfried Neumann und Folker Wiesemann ihre Stimme.

WOHNUNGSNOT

Die Wohnungsnot in Baden Württemberg und im Main Tauber Kreis nimmt zu. Große Versäumnisse der CDU Regierungen in Bund und Land im Sozialen Wohnungsbau sind festzustellen. DIETER SPÖRI: Wohnungsbau wird bei der SPD zur Chefsache.

In den letzten Jahren ist bei zunehmender Bevölkerung das Angebot an Wohnungen in unserem Landkreis und in Baden-Württemberg recht knapp geworden. Es benötigen nicht nur die Aus- und Übersiedler, sondern auch die geburtenstarken Jahrgänge im heiratsfähigen Alter, insbesondere die jungen Ehepaare und Familien dringend Wohnraum. So fehlen in der Großen Kreisstadt Wertheim nach offiziellen Meldungen 600 Wohnungen. Von der Großen Kreisstadt Bad Mergentheim behaupten Insider, daß es sogar an 1000 Wohnungen fehlt. Die Folge dieser angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt wird in ansteigenden Mietpreisen sichtbar. Beim Kampf um eine Wohnung setzt sich nur noch derjenige durch, welcher einen großen Geldbeutel hat. Alleinerziehende, kinderreiche Familien und ältere Menschen tun sich schwer, noch eine preisgünstige Wohnung zu finden. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt im Ländle verschlafen. Sie hat schon im Jahre 1986, als nur wenige Aussiedler zu uns kamen, total ignoriert, daß rund 100.000 Wohnungen in Baden-Württemberg fehlten. In der Zwischenzeit ist dieses Defizit drastisch auf 250.000 Wohnungen angestiegen. Das von der Landesregierung selbst vorgegebene Ziel, daß in Baden-Württemberg jährlich 70.000 Wohnungen gebaut werden sollen, ist im Jahr 1990 bei weitem verfehlt worden. Die ständig steigenden Zinsen haben die Bauwilligen davon abgeschreckt, ihren Wunsch nach einem eigenem Heim zu realisieren. Weil die CDU-Landesregierung die Situation auf dem Wohnungsmarkt völlig falsch eingeschätzt hat, haben manche Kommunen von sich aus gehandelt, auch wenn sich ihr finanziel-

ler Spielraum in den letzten Jahren gewaltig eingeengt hat und die Schaffung von Wohnraum keine eigentliche Aufgabe der Städte und Gemeinden ist. So haben einige größere Städte eigene Wohnungsbaugesellschaften gegründet und ihnen das notwendige Startkapital zur Verfügung gestellt. Manch kleinere Stadt geht dazu über,

weisierung von neuem Bauland dauert aus planungsrechtlichen Gründen mehrere Jahre und wird erst verspätet positive Auswirkungen auf dem Wohnungsmarkt haben. Auf dem angespannten Wohnungsmarkt ist dringend politisches Handeln durch das Land gefordert. Trotzdem konnte sich die von der CDU geführte Landesregierung vor kurzem nur zu einem



Tiefschlaf

Zeichnung: Gottscheber

im öffentlich geförderten Wohnungsbau den Bau von Wohnungen zu beschüssen oder Baugesellschaften gemeindeeigene Grundstücke kostenlos zur Verfügung zu stellen und ihnen die Erschließungskosten zu erlassen. Diese müssen im Gegenzug die Verpflichtung eingehen, die Miete zehn Jahre lang nicht zu erhöhen. Die teilweise in Angriff genommene Aus-

lächerlichen Wohnungsbauprogramm für das Jahr 1992 durchbringen. So will sie im frei finanzierten Wohnungsbau für junge und kinderreiche Familien innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen den Bau von insgesamt 7600 Eigenheimen und selbstgenutzten Eigentumswohnungen mit zinslosen öffentlichen Baudarlehen bzw. zinsverbilligten Kapitalmarkt-

Wir zeigen das
Audi- und VW-Programm



Bei Ihrem V.A.G Partner

AUTO Faiss



Inh. Roland Faiss

Creglingen
Rothenburger Straße 39
Telefon 0 79 33 / 5 25

Wohnungsnot...

darlehen fördern. Außerdem soll der Bau von 10.600 Wohnungen im Rahmen des öffentlichen Mietwohnungsbaues - speziell für Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern - mit Landesmitteln subventioniert werden. Diese vorgesehenen Maßnahmen sind - angesichts der großen Wohnungsnot in Baden-Württemberg - nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem fällt es der Landesregierung sehr schwer, den sozialen Wohnungsbau wieder aufzunehmen, den die Regierung Späth vor Jahren abgeschafft hat. Die SPD geht mit ihren Vorstellungen und Plänen über den Abbau des Wohnungsmangels weit über die CDU-Landesregierung hinaus. Die SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart hat dazu die notwendigen Anträge eingebracht. Die SPD will das Instrument der zinsverbilligten Kapitalmarktdarlehen auf alle Bauherren innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen im frei finanzierten Wohnungsbau ausdehnen und nicht - wie die CDU-Landesregierung - auf junge und kinderreiche Familien beschränken. Das Zinsförderprogramm des Landes soll also nach den Vorstellungen der SPD auf alle Personen im mittleren Einkommensbereich ausgedehnt werden, um besonders Arbeitnehmern die Möglichkeit zu verschaffen, trotz gestiegener Zinsen Wohnungseigentum zu erwerben. Außerdem will die SPD die derzeit gültigen steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten ändern. Nach ihren Plänen soll jeder Bauherr von seiner Steuerschuld einen gleich hohen Betrag absetzen können. Sie rückt damit vom bisherigen steuerlichen Grundsatz ab, daß ein Bauherr mit hohem Einkommen ein bedeutend höhere Steuersparnis als ein Bauherr mit mittlerem oder niedriger Einkommen hat. Mit dieser steuerpolitischen Maßnahme will die SPD vor allem den frei finanzierten Wohnungsbau ankurbeln. Schließlich will die Landes-SPD über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg jährlich 15.000 Sozialwohnungen im Land Baden-Württemberg bauen. Ein solches Programm hätte neben dem Effekt, daß preisgünstige Wohnungen für einkommensschwache Gruppen zur Verfügung gestellt werden, auch den Vorteil, daß sich die Bauwirtschaft auf öffentliche Aufträge im Wohnungsbau über einen längeren Zeitraum einstellen kann. In diesem Zusammenhang verfolgt die SPD die Absicht, die Belegungsbindung von derzeit 10 auf 25 Jahre zu erhöhen. Für die SPD und ihren Spitzenkandidaten Dieter Späth ist der Bau neuer Wohnungen ein Schwerpunkt in der Landespolitik in den nächsten Jahren.

AGRAR-POLITIK

Hier die Vorstellungen der SPD:

Innerhalb der letzten zehn Jahre ging im Main-Tauber-Kreis die Zahl der Jungen und Mädchen, welche den Beruf des Landwirts bzw. der ländlichen Hauswirtschafterin ergreifen wollten, drastisch zurück. Immer weniger junge Menschen sehen in der Landwirtschaft eine Perspektive. Wegen einer verfehlten Agrarpolitik, für welche die CDU verantwortlich ist, finden sich auf den Höfen keine Nachfolger, und Landwirte geben ihre Betriebe auf. Die ländliche Bevölkerung ist der Verlierer der bisher praktizierten Agrarpolitik. Diese Entwicklung hat fatale Auswirkungen auf unsere Dörfer im Main-Tauber-Kreis. Mit den Höfen sterben auch die Dörfer. Dörfliche Organisationen wie die Vereine und die Feuerwehr lassen sich nicht mehr aufrecht erhalten. Im lieblichen Taubertal wird die über Jahrhunderte hinweg von der Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft versteppen. Die vorgesehene weitere Liberalisierung der Agrarmärkte zerstört eine Agrarproduktion, die ökologisch ausgerichtet und sozialverträglich ist. In der Zeit der sozialliberalen Koalition in Bonn konnte den bäuerlichen Familienbetrieben Einkommen und Existenz gesichert werden. Heute wird die Landwirtschaft in der Bundesrepublik der Industrie und ihren Exportmärkten geopfert.

Es ist nicht zu bestreiten, daß es in der gesamten EG in vielen Bereichen eine Überschussproduktion gibt. Der Abbau der Überschüsse darf aber nicht dazu führen, daß die kleineren bäuerlichen Familienbetriebe wegen der sinkenden Einkommen aufgeben müssen und nur noch große landwirtschaftliche Betriebe mit intensiver Produktionsweise überleben können. Die Programme der Flächenstilllegung und des vorzeitigen Ausscheidens aus der Landwirtschaft fördern gerade diese Entwicklung. Auch die propagierte Erzeugung nachwachsender Rohstoffe intensiviert die landwirtschaftliche Produktion und

macht die Landwirte zu abhängigen Rohstoffproduzenten. Eine bessere Alternative ist die Rückführung der intensiven landwirtschaftlichen Produktion in der gesamten Fläche. Ein Mittel dazu wäre die Verteuerung der ertragssteigernden Produktionsmittel. Dabei spielt der Stickstoff eine zentrale Rolle. Aus diesem Grund setzt sich die SPD für eine EG-weite Reduzierung der Stickstoffdüngung ein. Dies könnte durch eine Kontingentierung oder durch eine Stickstoffabgabe geschehen. Kurzfristig müssen Landwirte bei sinkenden Einkommen in der Produktion durch direkte Einkommensübertragungen entschädigt



werden. Einkommensübertragungen als Entgelt für landwirtschaftspflegerische Maßnahmen galten in den Augen der CDU noch vor wenigen Jahren als "sozialistische Spinnerei". Mit dem von der sozialliberalen Koalition eingeführten Bergbauernprogramm ist der Einstieg in die direkte Einkommensübertragung gemacht worden. Langfristig verfolgt die SPD das Ziel, durch eine Er-

höhung der Erzeugerpreise die bäuerliche Existenz und die bäuerlichen Familienbetriebe zu sichern. Durch den Wegfall der Kosten für die Lagerung und Beseitigung der landwirtschaftlichen Überschüsse werden Gelder frei, so daß die Nahrungsmittel für den Verbraucher nicht teurer werden müssen. Außerdem will die SPD mehr Schutz für umweltverträgliche Produktionsweisen und die Gleichberechtigung für Nebenerwerbs-, Zuerwerbs- und Vollerwerbsbetriebe. Das Existenzstützungsprogramm benachteiligt die Nebenerwerbslandwirte. Gerade im Taubertal und seinen Seitentälern herrschen kleine Nebenerwerbsbetriebe vor. Sie erhalten durch ihre Arbeit die Kulturlandschaft.

Diese gesellschaftliche Leistung wird ihnen nach dem im Jahre 1987 eingeführten Existenzstützungsprogramm nicht anerkannt. Sie sind davon ausgeschlossen, weil ihnen ihr hart verdientes außerlandwirtschaftliches Einkommen angerechnet wird. Zum Katalog ökologischer Ergänzungsmaßnahmen gehört nach dem Willen der SPD die Vernetzung ökologisch wertvoller Teilflächen und die Genehmigungspflicht für einen Wiesenumbau in den Talauen. Die Rückführung von Ackerflächen zu Wiesen soll durch die Übertragung von Milchquoten gefördert werden. Gerade in den Talgemeinden haben die Landwirte nur unterdurchschnittliche Milchquoten.

Bildungspolitik

Durch die 10 Jahre Mayer Vorfelder ist die Schulpolitik der CDU-Landesregierung zu Spielwiese für konservative Ideologien verkommen. Die derzeitige Regierung kann keine schlüssigen Konzepte vorweisen, Ankündigungen und Absichtserklärungen ersetzen klare Vorstellungen. Die SPD wird die Schulpolitik entkrampfen, Ganztageschulen und Kinderhorte sollen gefördert werden. Die SPD wird die Lehrpläne entrümpeln und als wichtige neue Lernziele das 'Denken in Zusammenhängen' und das 'Arbeiten im Team' einführen.

Bei Lerninhalten, Betreuungsangeboten und Lehrereinstellungen muß der Kurs korrigiert werden. In den vergangenen zwei Jahren stieg in Baden-Württemberg die Zahl der Schüler um über 50.000, dagegen nahm die Zahl der zusätzlich eingestellten Lehrer lediglich um 500 zu. Wegen des erheblichen Lehrermangels ist schon seit Jahren der Klassenteiler auf 33 Schüler festgeschrieben. Dieser Teiler ist nicht mehr zeitgemäß und aus pädagogischen Gründen unhaltbar. Außerdem wurde an den Schulen das erweiterte Bildungsangebot rigoros zusammengestrichen. Im laufenden Schuljahr ist so gut wie keine Krankheitsreserve mehr für die Schulen vorhanden. Die CDU-Landesregierung wurde seit Jahren von der SPD wiederholt vor dieser dramatischen Entwicklung gewarnt. Sie hat in Anträgen gefordert, statt auf Prestigebauten auf eine qualifizierte schulische Bildung zu setzen. Außer-

dem hat die SPD die Regierung aufgefordert, möglichst schnell die tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung für Lehrerinnen und Lehrer umzusetzen. Aber auch für die Schüler muß es eine Arbeitszeitverkürzung geben: Mit Schulstunden und Hausaufgaben haben die Schülerinnen und Schüler oft eine 40- bis 50-Stunden Woche. Deshalb sollte der von der SPD seit langem geforderte schulfreie Samstag auch dazu genutzt werden, die Stundentafel zu kürzen. Mit verärgerten und gestreßten Lehrkräften, mit überbeanspruchten Schülerinnen und Schülern in zu großen Klassen läßt sich keine zeitgemäße Bildungsreform durchführen. Zu einer solchen Reform gehört unbedingt der Wandel vom herkömmlichen Einzelunterricht zum projektorientierten und fächerübergreifenden Unterricht, wie sie von Bildungsreformern schon längst gefordert und auch von der Kultusbehörde eingesehen



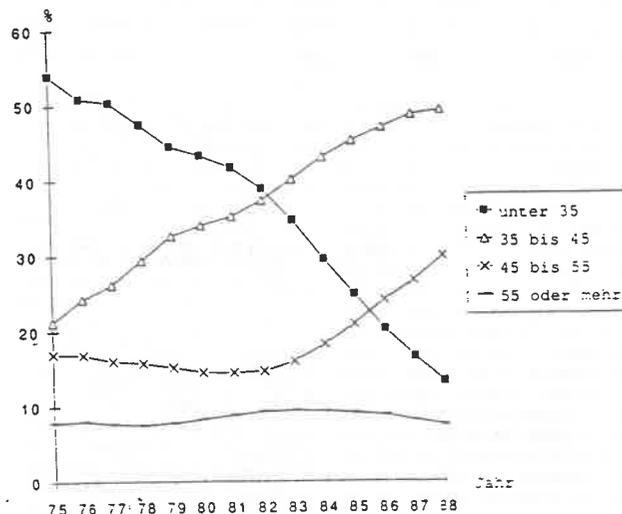
Brigitte Wimmer, eine ehemalige Niederstetterin, ist im Sonnenteam von Dieter Spöri als Bildungsministerin vorgesehen. Als MdL betreut sie seit Jahren die Bildungspolitik der SPD im Landtag. Sie ist Jahrgang 1946, verheiratet und zweifache Mutter und lebt zur Zeit in Karlsruhe.

wird. Diese notwendige Bildungsreform wird aber durch die Einführung eines zwölfjährigen Gymnasiums, das in Baden-Württemberg als sog. Eliteschule gerade ausprobiert und in den neuen, christdemokratisch regierten Bundesländern schon gesetzlich verankert ist, ad absurdum geführt. Diese Verkürzung der Schulzeit nimmt den Schülern die Zeit für ein exemplarisches, problemorientiertes, eigenverantwortliches und soziales Lernen. Nachdem die Landesregierung aus ideologischen Gründen über zehn Jahre lang alle Initiativen der SPD und der Eltern für die Einrichtung von Ganztageschulen blockiert hat, räumt die Regierung Teufel mittlerweile ihre Versäumnisse ein. Sie ist aber nicht in der Lage, in diesem Punkte ihre seitherige Haltung wegen ihrer Ideologie von der nicht berufstätigen Mutter grundlegend zu ändern. Die SPD fordert, daß unterschiedliche Schularten unter Einschluß von Ganztageschulen und Schülerhorten überall dort angeboten werden, wo dies die Eltern und die Schulgemeinde wünschen. Von Schülerhorten erwartet die SPD zumindest, daß sie flächendeckend eingeführt werden, daß sie ein pädagogisch qualifiziertes Personal erhalten und daß sich das Land angemessen an den Kosten beteiligt. Es reicht nicht aus, daß der Schüler in der Schule die notwendigen Kulturtechniken erlernt, sich ein allgemeines Basiswissen aneignet und ein analytisch-logisches Denken entfaltet. Ein modernes Bildungswesen muß dem Schüler auch ein demokratisches Verhalten praktisch erfahrbar machen und seine soziale Verantwortung stärken. Demokratisierung der Schule bedeutet auch, daß Entscheidungsbefugnisse von den vorgesetzten Schulbehörden zur Schule verlagert werden. Ein Entwurf der SPD, der bereits im Landtag zur Änderung des Schulgesetzes eingebracht worden ist, sieht vor, daß der einzelnen Schule und der Schulgemeinde ein größeres Mitspracherecht gegeben wird. Dabei denkt die SPD an solche Fälle wie die Bestellung eines Schulleiters oder an die Einführung von Versuchsschulen. Viele Beispiele belegen, daß vom Kultusministerium gegen den Willen der Gemeinden oder der schulischen Gremien Schulleiter ernannt werden, die ihm besonders genehm sind. Der SPD-Antrag sieht auch eine eigen-

ständige Interessenvertretung, und nicht nur eine Mitverwaltung der Schüler, sowie einen Landeselternbeirat vor, der vom Willen des Kultusministeriums unabhängig ist. Zu einer SPD-Bildungspolitik gehört auch die Integration von behinderten Kindern in das allgemeine Schulwesen vor. Modellversuche in anderen Bundesländern haben sich eindeutig bewährt. Die mangelnde Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen gefährdet zusehends das duale System in der beruflichen Ausbildung. Es fehlen allein 1.300 Lehrer, um die insgesamt nicht gehaltenen 31.000 Unterrichtsstunden ausgleichen zu können. Inhaltlich muß nach den Vorstellungen der SPD eine berufliche Bildung gewährleistet sein, die eine allgemeine Grundqualifikation auf Berufsbreite vermittelt und verwandte Berufe zusammenfaßt, aber auf eine einseitige Spezialisierung verzichtet. Die berufliche Bildung muß ebenso wie das gesamte Bildungssystem schulische und berufliche verzahnen und die Weiterbildung gewährleisten. Leider nehmen im Bundesland Baden-Württemberg die Fördersätze für die Kurse von Weiterbildungsträgern auf dem Tabellenplatz der Bundesländer einen unteren Platz ein. Bei den Volkshochschulen sind die Fördersätze im Nach-

tragshaushalt 1991 sogar drastisch gekürzt worden. Die von der CDU geführte Landesregierung vernachlässigt völlig die Ursachenforschung für die Problembereiche Rechtsradikalismus, Gewalt und Drogen, die auch die Schulen betreffen. Eine Jugendpolitik darf sich nicht ausschließlich auf das Strafrecht verlassen. Sie muß präventive und vorausschauende Maßnahmen verfolgen. Die 11 an den Schulen des Landes tätigen Suchtbeauftragten und "ehrenamtlichen" Drogeninformationslehrer haben lediglich eine Alibifunktion. Die SPD will die Fehlentwicklungen im Bildungswesen, die auf die Ära Mayer-Vorfelder zurückgehen, endlich stoppen und korrigieren. Die Bildungspolitik muß wieder ihren richtigen Stellenwert erhalten, nachdem der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben von Land und Gemeinden von 19,1 Prozent im Jahre 1980 auf 15,1 Prozent im Jahre 1988 in unverantwortlicher Weise gefallen sind. Vor über 500 Elternvertreter hat der SPD-Spitzenkandidat, Dieter Spöri, auf dem Stuttgarter Kongreß die neuen Akzente in der Bildungspolitik erläutert und dafür großen Beifall geerntet.

Das Alter der Lehrer

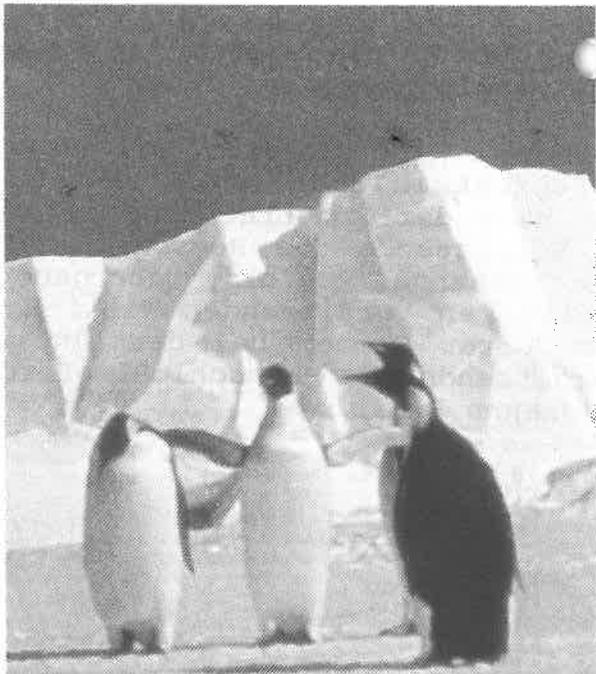


Erlös is dem Weinlaubenfest an Romschlöble-Förderverein übergeben.

Den Reinerlös aus unserer Beteiligung am Weinlaubenfest in Höhe von 4 ,-- DM konnten wir nach der Endabrechnung im Dezember an die Vorsitzende des Romschlöble-Fördervereins, Johanna Rehfeld, übergeben. Das Bild zeigt den Vorsitzenden Willi Hain und Kassier Günter Gröner bei der Übergabe an die Vorsitzende des Romschlöble-Fördervereins, Johanna Rehfeld.



Die SPD? Na, klar.



M. S. B. K. Hamburg

Ich möchte mehr über Greenpeace wissen!
Für Ihre Kosten habe ich 3,60 DM in Briefmarken beigelegt:

Vorname, Name _____
Straße, Hausnummer _____
Postleitzahl, Ort, Zustellpostamt _____
Greenpeace e.V., Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11
Spendenkonto: Nr. 2061-206, PGiroA Hamburg, BLZ 200 100 20

Die Antarktis wird ein
Weltpark für alle.
Wenn wir Menschen
draußen bleiben.

"Ist unser Boot voll?"

Zum Beitrag der letzten G'werzinsel "Ist unser Boot voll?" erreichte uns eine Leserzuschrift von Albert Zahn, Creglingen, die wir hier gerne abdrucken. Wir haben schon vielfach angeboten, in der G'werzinsel auch ein Diskussionsforum für kontroverse Diskussion anzubieten. Das bedeutet aber nicht, daß wir dem Inhalt und der politischen Aussage der abgedruckten Leserzuschrift zustimmen.

Hier die Leserzuschrift von Albert Zahn:
In der letzten Ausgabe der "Creichelmer G'werzinsel", die ich im übrigen gern lese, brachten Sie einen Artikel mit dem Thema "Ist unser Boot voll?". Da ich in dieser Frage anderer Meinung bin als der Artikelschreiber und die SPD, möchte ich darauf antworten.

Natürlich ist unser Boot voll und zwar mit fünf bis sechs Millionen Ausländern, dazu ist mit einer weiteren Million nicht registrierter Zuwanderer zu rechnen. Davon leben 900 000 bis eine Million von Sozialhilfe. Bei 16 000 Mark jährlichen Kosten entstehen Ausgaben von rund 16 Milliarden Mark. Dabei sind Folgekosten wie z.B. medizinische Betreuung gar nicht mitgerechnet. Auch die ökologischen Probleme sind von erheblicher Bedeutung, die durch Zuwanderer aus allen Richtungen des Erdballs hervorgehoben werden. Deshalb braucht man sich gar nicht wundern, wenn große Teile der Bevölkerung mit der ungebremsten Zuwanderung, besonders dort wo die Zuwanderer massiert auftreten, nicht mehr einverstanden sind. Deshalb wird auf Dauer eine Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes nicht zu umgehen sein. Oder will man in Deutschland, wo wir vor einigen Jahrzehnten noch keine Minderheiten hatten, Zustände schaffen wie auf dem Balkan, im vorderen Orient, in Südamerika oder in Irland?

Wenn man allerdings das Ausländer- und Asylantenproblem mit dem Problem der deutschen Aussiedler vermischt, so halte ich dies für unzulässig. Im Artikel 116 Grundgesetz steht: "Deutscher im Sinne des Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit ist". Auch die SPD war lange Zeit dieser Meinung, und zu den sogenannten Vätern des Grundgesetzes gehörten genug SPD-Mitglieder. Noch die Regierung Helmut Schmidt hat zehntausende Deutsche aus Rumänien dem Diktator Ceausescu für ein Kopfgeld von 20 000 Mark abgekauft. Dem polnischen Kommunisten Gierek wurden zur gleichen Zeit 150 000 Deutsche aus Oberschlesien, die eigentlich gar nicht existieren sollten, für gleich hohe Zahlungen abgekauft.

Erst seit der Saarländer Lafontaine in der SPD etwas zu sagen hat, soll dies alles nicht mehr gelten. Jetzt sind die Deutschen aus Rumänien, Oberschlesien und der ehemaligen Sowjetunion abwertend nur noch "Deutschstämmige", die gefälligst bleiben sollen, wo sie sind. Die Siebenbürger Sachsen haben im letzten Jahr ihre 850-jährige Ansiedlung im Karpatenbogen gefeiert, die Banater und Sathmarer Schwaben sind vor etwa 220 Jahren ausgewandert und die Rußlanddeutschen zogen vor etwa 230 Jahren in die Weiten der östlichen Steppen. Zwischen fremden Völkern haben sie jahrhundertlang gesiedelt und Vorbildliches geleistet. Die Völker im Osten haben vieles von ihnen in Landwirtschaft, Handwerk und Industrie gelernt. Unterhält man sich mit Angehörigen dieser Völker, so wird dies auch meistens anerkannt.

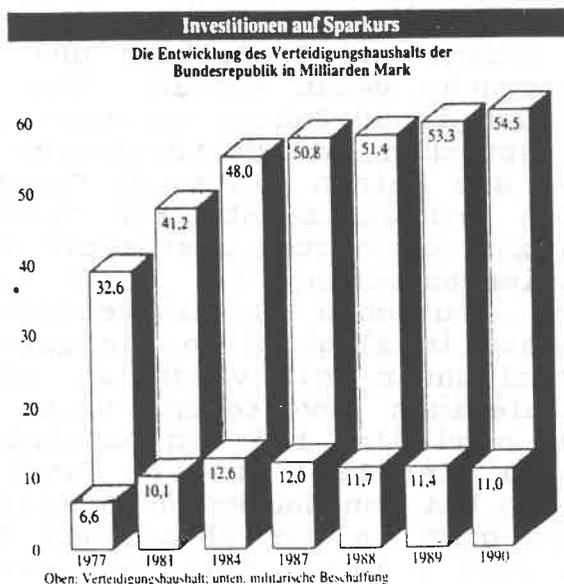
In diesem Jahrhundert wurden die Deutschen des Ostens dann die Opfer großer politischer Umwälzungen. Ungezählte wurden ermordet und aus ihren angestammten Siedlungsge-

bieten in Wolga, Schwarzem Meer und im Kaukasus verschleppt in die Weiten Sibiriens und in die asiatischen Steppen. Die Deutschen Rumäniens wurden enteignet und zur "Wiedergutmachung" nach Rußland verschleppt, wo Ungezählte den Tod fanden. Dieses Schicksal haben die Deutschen des Ostens stellvertretend für das ganze deutsche Volk getragen.

Noch immer zählen sich diese Deutschen zum deutschen Volk. Deshalb darf ihnen ihr grundgesetzlicher Anspruch, in Deutschland eine Zuflucht zu finden, nicht genommen werden. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die deutschen Aussiedler schlecht ausgebildet sind. Natürlich brauchen sie eine Zeit der Um- und Eingewöhnung. Sie finden aber meistens schon nach kurzer Zeit einen Arbeitsplatz und sind als fleißige Arbeitskräfte anerkannt. Sie integrieren sich rasch und gut. Die älteren Rußlanddeutschen sprechen noch ein gutes Deutsch. Die Kinder verstehen noch meist den deutschen Dialekt der Eltern und Großeltern und lernen die Hochsprache recht schnell. Man muß bedenken, daß in 50 Jahren versucht wurde, diesen Deutschen ihre Muttersprache zu rauben, indem sie keinen deutschen Schulunterricht hatten und Jahrzehnte für jedes deutsche Wort zum Faschisten gestempelt wurden. Die Rumäniendeutschen, die sogar unter Ceausescu deutschen Schulunterricht hatten, sprechen im allgemeinen ein gutes Deutsch. Während unser Volk vergreist und nur 18 % der hiesigen Bevölkerung unter 18 Jahren sind, sind dies bei den Aussiedlern 32 %. Während hier 15 % über 65 Jahre alt sind, sind es bei den deutschen Aussiedlern nur 4 %. Es gibt in der ehemaligen Sowjetunion wohl noch 2 bis 3 Millionen Deutsche. Wer nach Deutschland zurückwandern will, muß hier aufgenommen werden können. Die Rumäniendeutschen sind bis auf wenige Zehntausend bereits hier. Wir können jedoch nicht alle

Hungernden, Verfolgten und Scheinasylanten, die von Schlepperbanden hier eingeschleust werden, aufnehmen. Ich jedenfalls halte es in der Frage deutscher Aussiedler oder Asylanten mit dem Aussiedlerbeauftragten der evangelischen Kirche, dem früheren württembergischen Landesbischof von Keler, der schreibt: "die Alternative Aussiedler oder Asylanten ist falsch, die unterschiedlichen Probleme dürfen nicht verwischt werden, Art. 116 des Grundgesetzes entspricht den Realitäten der Geschichte".

gez. Albert Zahn
Creglingen



UND HIER MELDET SICH WIEDER RUMPELSTILZ ZU WORT:

Bald derfter wieder wähle. Wer's net aus d'r Zeidung odder vom Fernsehse waas, der merkt's spätestens dann, wenn er dorch die Derfer fehrt. Vun jedem Ladernemaste lacht oaner roo, der anner lacht von unde um den Ladernemaste rum. A Bardei blaggadiert flächemäßich, die anner mecht's schwerpunktmäßich. Abber weil mer net waas, wos besser is, hat a Bardei flächemäßich schwerpunktmäßich blaggadiert, wubei des mehr schwer als mäßich is.

I will ja net sooche, welli Farb die hebbe, abber i hob mi erkundicht: Die hebbes selber im Ortsverei nit genau g'wißt, wos do gmacht werd, also kenne sie a nix derfier. Glabt's mir, die wore selber erschrocke, wu sie morchens aus'm Fenster guckt hebbe, und ihr eichener Kandidad hat sie vielfältich ou'glacht.

Abber Spaß beiseide. Ihr seecht, mir kenne uns a ganz guet selber uff'n Arm nemme, und wer des kou, der kou sou schlecht net sei.

Drum denkt drou, wenn Ihr eier Kreizli macht: Ihr hebb't die Wahl zwische Erde und Höll, und wer in der Höll des Sooche hat, des wißt'er ja.

Des hofft zumindest

Eier Rumpelstilz

